N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses
für Finanzen, städtische participationsverwaltung und
Liegenschaften am 01.12.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:32 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreter für Herrn Scholtyssek, bis 17:35 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Knöchel, bis 17:30 Uhr
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Egbert Geier	Bürgermeister
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Uwe Stäglin	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Sabine Ernst	Büroleiterin des Oberbürgermeisters
Reik Möller	Referent des Oberbürgermeister
Goswin van Rissenbeck	Leiter EigenBetrieb für Arbeitsförderung (EfA)
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Manuela Hoßbach	Controllerin GB OB
Martina Beßler	Controllerin GB I
Katharina Becker	Controllerin GB III
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Evelin Müller	Abteilungsleiterin Kämmerei
Yvonne Merker	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Meerheim, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Einwohnerfragestunde. Da kein Einwohner anwesend war um Fragen zu stellen, beendete **Herr Dr. Meerheim** die Fragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sondersitzung wurde von **Herrn Dr. Meerheim** eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim informierte, dass der Änderungsantrag

Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016
Vorlage: VI/2015/01530

mit diskutiert und abgestimmt werden sollte.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass er um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Abschlussberatung -
Vorlage: VI/2015/01200
- 5.1.1. Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016
Vorlage: VI/2015/01530
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen

9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Eine zu genehmigende Niederschrift lag nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Abschlussberatung - Vorlage: VI/2015/01200

zu 5.1.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016 Vorlage: VI/2015/01530

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Meerheim

Wir sind heute bei unserer letzten Sitzung und hatten uns dahingehend verständigt, dass wir erst noch einmal unsere Anträge heute besprechen, in der Art, dass wir hier das Beratungsergebnis, was Herr Cierpinski und ich gemeinsam mit der Verwaltung versucht haben zu erarbeiten. Und ich hoffe, wir sind zu aller Seiten Zufriedenheit zu einem guten Ergebnis gekommen. Vielleicht nur die Änderungen die gegenüber dem was wir ursprünglich in der letzten Sitzung diskutiert haben sich ergeben haben beziehungsweise die Änderungen, die jetzt auch das Blatt betreffen, was Ihnen zugeschickt wurde, möchte ich gerne noch einmal hier mit Ihnen besprechen und zwar betrifft das den ersten, und jetzt rede ich von dieser Tabelle, die Ihnen allen vorliegt, der erste Punkt, da steht hinten im Ergebnis eine 0, da hätten wir gerne die 2.370 EUR wieder eingetragen.

Herr Cierpinski

Inklusive der Deckung.

Herr Dr. Meerheim

Genau, inklusive der Deckung. Dann bleibt es bei 0 für dieses Jahr.

Die anderen Änderungen sind, dass wir zum Teil die Deckungen nicht übernommen haben, dafür aber im Gesamtverfahren diesen Deckungsbetrag über die erhöhten Steuereinnahmen jetzt zur Verfügung gestellt haben.

Wir haben den Deckungsvorschlag nicht übernommen bei dem Vorschlag 2.1, nicht übernommen bei dem Vorschlag 2.3 und wir haben den beantragten Zuschuss für den Kunstverein Talstraße e. V. um die Hälfte reduziert.

Bei dem Punkt 3, das ist der alte Antrag 13, da gab es den Willen die 130.000 EUR für die Moritzburg einzustellen. Da haben wir den Vorschlag hier unterbreitet, dies nicht zu tun und stattdessen auf eine Entscheidung des Landesverwaltungsamtes bezüglich des Widerspruches des Oberbürgermeisters zu warten. Und wenn der negativ beschieden würde, dann müsste das im Nachgang sowieso nachgeholt werden, dann müssten diese 130.000 EUR über eine außerplanmäßige Ausgabe dann im Finanzausschuss und Stadtrat bestätigt werden.

Dann hatten wir die Korrektur vorgenommen für den Punkt 4. Hier haben wir das umgeschichtet von den 5 % auf die 3,1 %. Das heißt, wir haben die 5 % tatsächlich nur für die Personalkosten vorgesehen und die 1,5 % nur für die Sachkosten, was im Schnitt diese 3,1 % so ergibt und damit eine Reduzierung des ursprünglichen Ansatzes um knapp 42.000 EUR im Punkt 4, also Antragsansatz immer besprochen.

Der Punkt 5 ist von Herrn Krause bei unserer Diskussion letztlich für erledigt erklärt worden. Das haben wir hier so aufgenommen, aber da er noch auf der Tagesordnung steht, mussten wir ihn mit aufführen. Das ist jetzt hier so passiert. Bitte.

Herr Krause

Ich habe zurückgezogen, da bleiben wir auch dabei. Allerdings habe ich dann mitbekommen, dass das was beschrieben worden ist, ein Übertrag von Investitionsmitteln, dass das was da vorgesehen war in dem Antrag, diese äußert notwendigen Reparaturen aus den Mitteln genau nicht bestritten werden können, weil es sich da um Investitionsmittel handelt und nicht um sozusagen das, was wir machen wollten, allernotwendigste Reparaturen. Ich will das hier nur anmerken. Ich war da ein bisschen vorschnell mit dem Zurückziehen, ehrlich gesagt. Wir bleiben aber dabei, dass wir den zurückgezogen lassen und hoffen, dass die Verwaltung einen anderen Weg findet, diese notwendigen Reparaturen tatsächlich durchzuführen. Wir sind da schon von über einer Millionen Euro runter auf einen Antrag von einem ursprünglichen Ansatz bei Gemeindestraßen, auf 100.000 EUR, wollen jetzt aber keine Kehrtwende machen. Aber wir bitten die Verwaltung, dass da an der Stelle noch einmal geguckt wird. Wir reden ja nicht über Sachen, die nicht notwendig sind.

Herr Dr. Meerheim

Bei dem Punkt 6, das ist alles so geblieben wie im Antrag beschrieben.

Der Punkt 7, dort haben wir eine Kürzung der Antragssumme vorgenommen von 105.000 EUR auf 85.000 EUR. Da ging es hier um die Park- und Grünanlagen beziehungsweise die Nachbepflanzung, Wechselbepflanzung wie es im Antrag richtig heißt.

Der Punkt 8 ist so geblieben, der Punkt 9 ist so geblieben, Punkt 10 ebenfalls.

Punkt 11 ist um die Hälfte reduziert worden, von 100.000 EUR auf 50.000 EUR.

Punkt 12 wurde im Ordnungsausschuss zurückgezogen.

Punkt 13, da ging es um die Städtepartnerschaften, auch hier hat es eine Reduzierung um die Hälfte von 50.000 EUR auf 25.000 EUR gegeben.

Der Punkt 14 ist nicht erledigt, sondern da hat die Verwaltung erklärt, dass der Kompromiss den der Oberbürgermeister im Stadtrat angeboten hatte an Herrn Dr. Wend, dass der im Stellenplan umgesetzt wird.

Herr Bürgermeister Geier

Ja, ist so.

Herr Dr. Meerheim

Und insofern dann ist der Antrag, der ja auf die volle Breitseite geht sozusagen dann zwar erledigt, aber im Sinne dieses Kompromisses, den der Oberbürgermeister vorgeschlagen hatte.

Dann der Punkt 15 ist um die knapp 204.000 EUR sind es jetzt hier im Ansatz für 2016 geändert. Und in den Folgejahren steigt das wieder etwas an.

Der Punkt 16 existiert nicht mehr, der ist im Punkt 19 mit dabei, findet dort Berücksichtigung.

Punkt 17, den haben wir nicht berücksichtigt.

Herr Bürgermeister Geier

Den haben wir nicht berücksichtigt mit der Begründung Rückstellungsbildung für Prozesskosten, wenn der Fall eintritt.

Herr Dr. Meerheim

Richtig...nein, der Punkt 17 hat damit nichts zu tun.

Herr Bürgermeister Geier

Stimmt, das war Punkt 18. Entschuldigung.

Herr Dr. Meerheim

Bitte, Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Der Punkt 17 war jetzt für uns Thema als Verwaltung inhaltlich der Wunsch, dass Parkraumbewirtschaftung über eine App oder Ähnliches geht. Dies haben wir jetzt bekommen und das nehmen jetzt einmal als inhaltliches Votum zu Gunsten solch einer Lösung und wir gucken, ob wir es im Haushalt 2016 abbilden können oder dann wenn nicht, für 2017 entsprechend einplanen wollen, versuchen einzuplanen.

Herr Dr. Meerheim

Der Antrag Nummer 18. Da war es so, dass auch hier die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes abgewartet werden sollte und erst dann eventuell...wo ein Kläger, da ein Richter, eine Rückstellung sozusagen gebildet wird für das Risiko, welches sich gegebenenfalls bei einer Klage ergeben würde, dass dann eine Rückstellung im Haushalt abgebildet werden muss. Das würde die Verwaltung auch von sich auch tun, aus Vorsichtsgründen sozusagen.

Punkt 19, da haben wir eine Verteilung von Mitteln, Umverteilung von Mitteln vorgenommen. Dort hat sich ergeben, dass ein Wartungsvertrag, ist das richtig Frau Wolff, oder Wartungskosten im Fachbereich Liegenschaften, da etwas sich preiswerter gestaltet und diese Summe aus dem Sachkonto rausgenommen wurde und jetzt umverteilt wird direkt an

die Schulen in Höhe von 401.000 EUR. Das steht hier nicht, hier steht Umverteilung. Aber der Betrag, den die Verwaltung da zur Verfügung stellen kann, sind ca. 400.000 EUR.

Die würden dann den Schulen zur Verfügung gestellt werden können für den Bereich Bauunterhaltung. Wie das dann aufgeteilt wird, nach welchen Schulformen, das muss dann die Schulverwaltung selbst vornehmen. Darüber haben wir jetzt nicht im Detail gesprochen.

Der Punkt 20 ist zurückgezogen worden.

Punkt 21, den haben wir gestrichen in unserem Kompromissvorschlag.

Punkt 22 ist so geblieben.

Und Punkt 23, da hatten wir auf Grund der Diskussion auch hier im Finanzausschuss gesagt, dass soll dann unterjährig mit der Verwaltung und dem Dienstleister und den Schulen zu einer Lösung gebracht werden. Und wenn dann dort tatsächlich Kosten anfallen, müssen wir schauen wie wir das dann stemmen. Das war die Vereinbarung, die wir da an der Stelle getroffen haben. Und dazu hatte sich ja auch letztens die Frau Nikolas (HWS GmbH), die hier anwesend war, die die Schulen ja offensichtlich begleitet, auch bereit erklärt das zu tun und dort den Kontakt zu den jeweiligen Schulleitern aufzunehmen.

Bitte, Frau Dr. Wünscher

Frau Dr. Wünscher

Ich hoffe sehr, dass wir das dann alles auch so im Protokoll wiederfinden. Und dann wollte ich nur noch einmal bemerken, dass man vielleicht insgesamt noch einmal darüber nachdenken könnte...ich weiß nicht warum die Geschäftsstellen-Büros so privilegiert sind, bei uns werden Papierkörbe jeden Tag geleert. Vielleicht gibt es doch Möglichkeiten und vielleicht gibt es dort noch Optimierungsbedarf...nein, aber es gibt vielleicht an anderen Stellen noch Möglichkeiten. Wir werden das beobachten und wir werden dann entsprechend reagieren.

Herr Dr. Meerheim

Danke.

Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde sowieso vorschlagen, dass das was wir hier gesagt haben, immer als Protokollnotiz für uns auch innerhalb der Verwaltung für die Umsetzung dann auch nutzen.

Herr Dr. Meerheim

Dann hatten wir noch den Antrag Personalangelegenheiten. Den hattet ihr zurückgezogen?

Frau Dr. Wünscher

Naja, zurückgezogen ist so nicht ganz richtig. Wir haben in der Diskussion gesagt, dazu sollte es auch eine Protokollnotiz geben, wenn das Konzept vom Konservatorium vorliegt, dass wir das dann im Kulturausschuss besprechen und dass wir dann noch einmal auf diese Position zurückkommen und dann auch auf das Entgegenkommen der Verwaltung hoffen, dass wir dann gegebenenfalls...unter diesen Bedingungen hatten wir das besprochen.

Herr Dr. Meerheim

Wir hatten das so besprochen, dass wir gesagt haben, die gute Frau, die da jetzt da ist und versetzt wurde, kommt wieder zurück. Und wenn dann tatsächlich ein Mehrbedarf im nächsten Jahr bestehen sollte, dann sollte noch einmal im Ausschuss darüber gesprochen werden. So haben wir das besprochen.

Frau Dr. Wünscher

Genau so haben wir das besprochen.

Herr Dr. Meerheim

Gut. Dann sind wir im investiven Bereich. Und dort hatten wir ursprünglich einen Antrag von 40.000 EUR. Da hat sich jetzt eine leichte Verbesserung ergeben. Und wir würden auf unseren Vorschlag hin das gerne auf 60.000 EUR, mit derselben Deckung, erhöhen. Sodass der Sport mal ein Stückchen was abbekommt, was er sonst nicht kriegt. Sodass wir bei dem Antragsvolumen, denke ich, kann man das auch gebrauchen, was uns da zur Kenntnis gegeben wurde. Es waren ja rund 500.000 EUR. Da wissen sie bestimmt etwas damit anzufangen. Ich hoffe der Ausschuss trifft dann auch eine entsprechende Auswahl.

Zwischenrufe

Herr Dr. Meerheim

Nein, da stehen 40.000 EUR. Und wir haben vorgeschlagen, nach Absprache auch mit dem Kämmerer, noch mal 60.000 EUR...nein 20.000 EUR. Also auf 60.000 EUR erhöht. Sodass wir jetzt mit diesem Vorschlag sozusagen heute hier zu Ihnen kommen und uns wünschen, dass es keine weiteren...

Herr Wolter

...2016, 2017, 2018, 2019 gemeint, Herr Vorsitzender?

Herr Dr. Meerheim

Das hängt hinten informativ mit dran.

Herr Wolter

Ich meine sozusagen die Position 1, investive Auszahlung. Ist das nur für 2016 gemeint, was Sie ausgeführt haben oder?

Herr Dr. Meerheim

Das ist jetzt nur für 2016. Wir haben eine Tabelle bekommen, da wird das fortgeschrieben. Da sehen Sie die Jahreszahl 2017, 2018, 2019 auch. Das ist die aus dem Session für die heutige Sitzung. Da sind auch die Jahresscheiben 2017 bis 2019 für die Änderungsvorschläge mit eingearbeitet. Und bei denen, wo es nur für 2016 eingearbeitet ist, da ist dann in den Folgejahren selbstverständlich eine 0 eingetragen. Das heißt also, es hat seinen Niederschlag auch gefunden bei einzelnen Anträgen, nicht bei allen, in der Finanzplanung der nächsten Jahre.

Herr Wolter

Also die zusätzlichen Mittel, die Sie jetzt...ich frage nur zur letzten Position, die anderen habe ich alle verstanden, weil das ja auch schriftlich vorliegt. Ich frage nur zur letzten Position. Und die 40.000 EUR die Sie jetzt sozusagen als Kompromissvorschlag noch für 2017 bis 2019 in der Mittelfristplanung eingetragen haben? Investive Sportförderung.

Zwischenrufe

Herr Wolter

Sie haben jetzt hier noch ein Änderungsblatt vorgelegt. Ich vergleiche jetzt sozusagen gerade nicht mit dem Haushalt. Verzeihen Sie mir bitte. Ich möchte nur wissen, ob das auch zusätzlich diese 40.000 EUR von Ihnen mit als Vorschlag kommt als Erhöhung im investiven Bereich.

Herr Dr. Meerheim

Das war ein Antrag der SPD-Fraktion, die 40.000 EUR, und wir haben das ursprünglich nur so vorgesehen. Da hat sich heute noch einmal eine leichte Verbesserung ergeben. Daraufhin haben wir reagiert und machen Ihnen jetzt den Vorschlag von 40.000 EUR auf 60.000 EUR für 2016 das zu steigern.

Herr Wolter

...Entschuldigen Sie. Der Änderungsantrag ist hier nicht mit beigefügt. Sie haben da auch keinen Verweis auf den Änderungsantrag drin.

Herr Dr. Meerheim

Doch, das steht immer in der Tabelle drin.

Herr Wolter

Das steht eben leider bei diesem Punkt nicht dabei. Kann sein, dass es vielleicht die Nummer ist, aber ich habe jetzt nicht die Nummer parat.

Herr Dr. Meerheim

Steht da, Investplan Sportförderung investiv, werden zusätzlich Mittel in Höhe...und so weiter bereitgestellt.

Herr Wolter

Wenn da stehen würde SPD, wüsste ich sofort was gemeint ist. Also 100.000 EUR für 2016 und die anderen Jahre...

Zwischenrufe

Herr Dr. Meerheim

Jetzt zusätzlich 60.000 EUR zum Haushaltsansatz.

Herr Wolter

Okay, jetzt bin ich bei Ihnen.

Frau Beßler

Und ab 2017 wieder 40.000 EUR.

Herr Dr. Meerheim

Es ist dann zusätzlich. Plus, nicht minus. Minus gab es auch...

Das ist jetzt der Vorschlag, den wir beide zusammen mit der Stadtverwaltung dem Finanzausschuss ausgearbeitet haben und Ihnen vorlegen. Bitte, Herr Krause.

Herr Krause

Ich finde den oder wir finden den Vorschlag sehr gut, also eine gute Lösung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, bei dem Punkt 15 haben wir ja sozusagen im ordentlichen Ansatz eine Reduzierung für 2016. Das ist auch aus unserer Sicht erst einmal okay. Hat was damit zu tun, dass durchaus Dritte jetzt Maßnahmen machen können in dem Programm 58Plus. Allerdings weiß ich nicht ganz so genau, ob wir die Möglichkeit haben das nachzuvollziehen, dass tatsächlich das, was wir uns wünschen...

Herr Dr. Meerheim

...das könnte man ja über den EigenBetrieb für Arbeitsförderung dann...

Herr Krause

...deswegen, wir stimmen dem jetzt hier so zu. Aber es wäre sinnvoll, irgendwann im September zu schauen, nach der Sommerpause, hat das funktioniert mit dem Ansatz.

Herr Dr. Meerheim

Dieser Ansatz, den wir jetzt hier in dem Vorschlag mit drin haben, ist auch auf Nachfragen beim Geschäftsführer des Eigenbetriebes mit entstanden. Er hat uns also mitgeteilt, dass ein Großteil dieser Maßnahmen, also auch durch Dritte Maßnahmen mit Träger, sozusagen mit realisiert werden kann. Und damit der Eigenanteil den die Stadt somit erbringen müsste, an der Stelle reduziert werden kann und da sind wir natürlich dankbar, wenn das in der Art passieren kann. Und die Betroffenen sozusagen in der Zahl mitgenommen werden können, wie wir es uns vorgestellt haben.

Bitte, Herr van Rissenbeck.

Herr van Rissenbeck

Ich möchte nur sagen, wir werden das nachvollziehen können, weil die Maßnahmen die hier vorgeschlagen werden, mit umgesetzt werden können...*unverständlich*...und im Vorhinein verteilt und auch geprüft, ob sie besetzt sind. Und da sind auch einige, die hier am Tisch sitzen, beteiligt, die das nachvollziehen können, dass diese Plätze existent sind...

Herr Dr. Meerheim

Gibt es Ihrerseits noch weitere Frage zu dem Paket? Nicht, okay. Dann bitte ich Herrn Cierpinski vielleicht noch etwas zu sagen zu den Vorlagen Kosten, Sekundärkosten. Da hatten Sie ja auch, da haben Sie alle eine Information bekommen oder nicht? Nur wir beide...Die Varianten haben wir alle bekommen.

Herr Cierpinski

Ich würde vorschlagen, dass erst einmal in Abstimmung zu bringen. Das ist ja nur der Teil Änderungsantrag.

Herr Dr. Meerheim

Gut, das ist ja ein eigener Änderungsantrag, das ist richtig. Dann gut, dann lassen wir diesen Kompromiss als eigenen Antrag jetzt abstimmen. Wer diesem Kompromiss und diesem Antrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, dann ist das einstimmig so beschlossen.

Stellenplan ist...Entschuldigung, jetzt kam noch einmal die Frage zum Stellenplan. Diese Stellenplanangelegenheit ist impliziert in dem Änderungsblatt, was wir bekommen haben, in diesem Deckblatt hier, Seite 1 oder Seite 5 ist das. Da müssten doch 180 Stellen hier vorne impliziert sein, unter Asyl. Das sind doch die Punkte, die hier vorgestellt worden sind. Okay. Dann ist das da impliziert, das brauchen wir nicht separat abstimmen. Wir haben ja über diese Änderungsleiste schon gesprochen und wenn wir jetzt über den Haushalt abstimmen, stimmen wir natürlich über diese Änderungen die seitens der Verwaltung eingebracht wurden zum Haushalt mit ab. Und da sind die 180 Stellen erst einmal Bestandteil. Die sind hier ja sozusagen mit einer 0 durch.

Herr Krause

Ich habe noch eine Formalie. Dieser Antrag ist ja im Personalausschuss beschlossen worden und musste dann hier noch einmal wiederholt oder ist der sozusagen übernommen oder wie?

Herr Dr. Meerheim

Dann beschließen wir den extra, da er ordnungshalber bei uns gelandet ist. Okay. Dann frage ich Sie, ob Sie dem Änderungsantrag des Personalausschusses bezüglich der 180 Stellen, jetzt verkürze ich es, zustimmen können oder nicht? Wer das kann, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, dann ist das ebenfalls einstimmig zu geschehen.

Und jetzt Herr Cierpinski.

Herr Cierpinski

Jetzt zu dem Problem der Sekundärkosten. Wir haben ja von der Verwaltung mittlerweile die Varianten vorgestellt bekommen mit dem man hier in Zukunft rechnet und darum sollten wir darüber diskutieren, wie wir mit diesen Zahlen umgehen. Es gab ja in der letzten Finanzausschusssitzung schon eine erste Diskussion, wie man das Ganze lösen könnte über einen vielleicht doch nicht ausgeglichenen Haushalt, dem man dann dem Landesverwaltungsamt vorlegen muss mit der Begründung, warum dieser Haushalt nicht ausgeglichen ist oder eben Variante B, wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, über flexible Haushaltsführung zu gehen...*unverständlich*...dass man unterjährig dann nachsteuert.

Mit den drei Varianten, die hier vorgestellt werden, muss man natürlich gucken, was ist eine realistische Abbildung, was ist eine Größe, mit der man wahrscheinlich in Zukunft umgehen muss. Zumindest jetzt nach dem jetzigen Sachstand. Da wurde ja vorgestellt einmal ein Aufwand von 1,8 Mio. EUR, einmal 2,1 Mio. EUR und 4,3 Mio. EUR. Jetzt fällt es natürlich schwer auf Grund der vielen Rahmenbedingungen, die natürlich anzunehmen sind, zu einem Bild zu kommen. Das ist jetzt der eine Satz, der wahrscheinlich sehr ausgeklügelt und sehr stark ins Detail geht. Wenn man sich einmal überlegt oder anschaut, was der Bund, also wie der Bund mit den Flüchtlingszahlen umgeht und dann kann man das quasi auch von der anderen Seite aufdröseln. Und dort ist es so, dass der Bund gerade jetzt in seiner Bereinigungssitzung 4,5 Mio. EUR mehr für Unterkunft, also für Sachkosten, und 325 Mio. EUR für Personalkosten aufgesetzt hat, zusätzlich zum Haushalt. Also damit rechnet man seitens des Bundes. Wenn man diese Zahlen jetzt mit Königsteiner Schlüssel und mit dem Anteil Stadt Halle (Saale) runterrechnet, kommt man auf Kosten für Unterkunft, wenn man die jetzt vom Bund her sieht, von etwa 3,2 Mio. EUR. Schaut man sich diese drei Modellrechnungen hier einmal an, dann kommt man bei der Variante 3 mit einem Aufwand von 3,6 Mio. EUR nah an das dran, was seitens des Bundes veranschlagt wird. Mein Plädoyer wäre, wenn man sich auf diese Modelle verständigt, dann ist wahrscheinlich das Modell 3, also die 4,3 Mio. EUR, das Plausibelste aus meiner Sicht. Das vielleicht soweit zur Einführung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Zwei Dinge erst einmal dazu. Das ist nicht der Vorschlag der Verwaltung, die drei Vorschläge die Sie bekommen haben. Sondern wir haben auf Bitten von Ihrer Seite jetzt die drei Vorschläge eingebracht.

Der zweite Punkt ist die Darstellung, dass der Bund darüber hinausgeht und diese drei Millionen Euro sind nicht korrekt. Der Bund hat einen Haushaltsausgleich, der hat das in den laufenden Kosten verrechnet, das ist nicht zutreffend. Herr Schäuble hat den Haushaltsausgleich vorgelegt und auch beschlossen bekommen. Von daher ist, wenn man sich da tatsächlich annähert, kann man eigentlich nur dem Vorschlag folgen, den wir beim letzten Mal ausführlich diskutiert haben. Die Verwaltung kann auch nicht mit einverstanden sein, wenn jetzt Kosten angesetzt werden, da müsste man insgesamt dieses Paket, was Sie eben im Finanzausschuss beschlossen haben, auch wieder aufmachen, weil da ja auch noch Gelder praktisch darüber hinaus dann auch angesetzt werden im Vergleich zu den von uns vorgelegten Haushaltsausgleich. Ich bitte Sie noch einmal eindringlich in sich zu gehen,

auch das zu diskutieren. Die Argumente haben wir beim letzten Mal sehr ausführlich auch dargestellt, warum momentan diese Kosten sehr spekulativ sind.

Ich hatte dem Finanzausschuss-Vorsitzenden auch noch deutlich gemacht, dass wir in den nächsten Wochen, also dass wir sehr viel Zeit haben momentan, mit den Asylberechtigten, die in der Stadt Halle bleiben, auch zu arbeiten. Wir werden also eine Abfrage starten, wer bleibt nach dem Verfahren wirklich hier, also innerhalb der Stadt. Das ist ja die erste feste Größe, die man hat. Und wir werden die neun Monate, vor Oktober, November, rechnen wir nicht mit kassenwirksamen Leistungen, werden wir nutzen, um alle für den ersten Arbeitsmarkt dann auch zu qualifizieren, um so die Sekundärkosten so gering wie möglich zu halten.

Diesen Maßnahmen haben sich auch einige Unternehmen angeschlossen. Der Ministerpräsident beispielsweise besucht nächste oder übernächste Woche ein Unternehmen hier in der Stadt, das 100 Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Aber unter der Prämisse, dass hier klar ein Bekenntnis dann auch von Seiten der Flüchtlinge geben wird, dass sie hier in der Stadt bleiben. Und dann kann man sehr intensiv, und das haben wir auch bereits in der Vorbereitung über den EigenBetrieb für Arbeitsförderung, Herr van Rissenbeck ist bereits dran, ein Konzept, also ein Qualifizierungs- und Fortbildungskonzept für den Personenkreis zu schreiben, die sich zum jetzigen Zeitpunkt bereit erklären, hier dann in unserer Stadt zu bleiben. Von daher ist der Ansatz der Sekundärkosten fast gänzlich gleich null.

Herr Dr. Meerheim

Keine Wortmeldungen? Doch, Herr Wolter.

Herr Wolter

Sie hatten ja noch einmal klar gestellt, dass es jetzt hier keine Vorlage oder ein Änderungsbegehren der Verwaltung gibt. Aber ich würde gerne von Ihnen noch einmal die Position zu diesen drei Varianten, zu der Variante 3. Da ist ja dargestellt die, also ist ja eine Kostenschätzung quasi enthalten inklusive Ihrer Ausführungen, so wie ich Sie verstehe. Es hebt ja nicht auf eine Kostenschätzung ab auf 01.01.2016, sondern erhebt eine Kostenschätzung nach dem Bedarf der nächstes Jahr entsteht, wenn ich die Kostenschätzung hier...also das Szenario, das hier bei Variante 3 für nächstes Jahr solche Kosten zusätzlich entstehen für unsere Stadt, ist vorhanden im Moment. Und das ist ja sozusagen auch enthalten, dass da ab September gewisse erste Kosten greifen, so wie ich das verstanden habe. Ist das für Sie anders? Ich verstehe es nicht so richtig, was Sie jetzt dargestellt haben. Wenn man sich über die Zahlen unterhält, über den Bedarf unterhält, sind Sie ja in Ihrer Einschätzung ähnlich wie die Kostenschätzung, die uns zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Noch einmal, es ist eine Schätzung, die mit drei, vier Varianten arbeitet. Die eine Variante ist die Null-Variante, die die Verwaltung auch vertritt. Die anderen Varianten liegen Ihnen vor. Dass irgendwann möglicherweise Kosten entstehen, das bestreitet ja auch keiner.

Es geht momentan von unserer Seite dahin, dass wir sagen, wir minimieren die Kosten in dem wir mit den Flüchtlingen, die hier in der Stadt Halle bleiben wollen, sehr intensiv jetzt neun Monate lang arbeiten. Um dann die Sekundärkosten für praktisch gleich Null auch hinzubekommen. Und ich halte das für möglich. Spannend wird die Frage, welche Flüchtlinge dann überhaupt jetzt zum jetzigen Zeitpunkt auch erklären, dass sie hier später in unserer Stadt bleiben. Nur dann wäre ja eine vernünftige Schätzung möglich. Diese Abfrage würden wir jetzt in den nächsten Wochen durchführen. Und Sie hätten dann immer auch die Möglichkeit zu sagen, im Laufe der Ausführung des Haushaltes, so wie es andere

Kommunen auch machen, zu sagen wir machen eine überplanmäßige Ausgabe, wir machen gegebenenfalls einen Nachtrag, wenn die Voraussetzungen gegeben sind.

Wir haben heute Morgen noch einmal mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gesprochen. Er hat auch noch einmal bestätigt, dass dieser Erlass, den ich Ihnen im Stadtrat bereits vorgestellt habe, jetzt auch in Arbeit ist. Und wir davon ausgehen, dass...für Sachsen-Anhalt...dass wir davon ausgehen, dass wir dann in zwei Wochen möglicherweise dann auch zum Stadtrat vorliegt.

Herr Dr. Meerheim

Herr Wolter.

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, wenn man Ihre Überlegungen jetzt ernst nimmt und sagt, es ist ja eine Verfahrensweise, wo Sie sagen wir wollen eigentlich Kosten von unserer Stadt fernhalten, in dem Moment wo wir neun Monate intensiv, so intensiv wie möglich die Vorbereitungen angehen, dann ist für mich aber sofort die Frage, mit welchen finanziellen Mitteln wollen Sie denn diese, ich sage mal 1.000 Flüchtlinge, die Sie vielleicht in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt oder 500 Flüchtlinge oder vielleicht auch nur 200 Flüchtlinge in irgendeiner Form dort qualifizieren wollen, vorbereiten wollen, begleiten wollen...Was für eine Schätzung liegt denn dem zu Grunde, dass man...also ich finde es einen progressiven Vorschlag, aber da müssten Sie doch eigentlich noch mehr Interesse haben dafür Mittel zur Verfügung zu haben, um das überhaupt realisieren zu können. Oder gibt es da in irgendeiner Form Sonderfonds? Also ich kenne die jetzt nicht. Oder ist das enthalten in der allgemeinen Flüchtlingsbetreuung? Soll der Arbeitersamariterbund das machen? Das sind ja zusätzliche Projekte, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die haben Sie ja eben auch beschlossen. Das sind zum Teil Dinge, die in den Maßnahmen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung mit hineinspielen. Es gibt also verschiedene Förderprogramme, die hier Unterstützungsmaßnahmen vorsehen.

Herr Wolter

Entschuldigung, wenn ich Sie kurz unterbreche. Aber das ist mir vollkommen neu, dass ich jetzt bei der zusätzlichen Finanzierung EfA...war zumindest in keinem Ansatz in irgendeiner Form das Thema, soweit ich den Antragssteller verstanden habe, zusätzliche Projekte mit Flüchtlingen oder mit Menschen, die aus...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann müssten Sie vielleicht Herrn van Rissenbeck noch einmal das Wort erteilen. Denn wir haben einige Maßnahmen, die auch Integrationsmaßnahmen beinhalten. Ähnlich wie es einige Städte bereits auch machen, das ist ja nicht neu von uns erfunden oder ähnliches, die stellen also Qualifizierungsprogramme auf indem also die Personen, die in der Stadt bleiben wollen, praktisch den ganzen Tag geschult werden. Besuchen auch ein Praktikum bei einem Unternehmen. Diese Unternehmen haben sich auch schon bereit erklärt, dieses Praktikum durchzuführen, um sie möglicherweise später auch dann in das Unternehmen hineinzu-bekommen. Und das ist eigentlich ein Ansatz, der jetzt praktisch aufgeteilt werden kann mit unterschiedlichen Leistungen. Also ich sage mal wie ein Tagesprogramm aussieht, dass man sagt: bis dann und dann ist ein Deutschkurs, dann und dann sind Kulturveranstaltungen, Weiterbildung, dann ist Praktika in dem und dem Unternehmen. Also so, dass man ein komplettes Programm für die Flüchtlinge entsprechend auch erstellt. Und diese Möglichkeit ist durchaus gegeben. Da gibt es etliche Fördermaßnahmen, auch einzelne Programm, die das mit unterstützen. Also die Durchführung würden wir dann, das ist mit Herrn van Rissenbeck bereits abgestimmt, dann in dem Bereich dann auch mit

hineingeben um diese Begleitung dann durchzuführen. Aber wie gesagt, wir brauchen jetzt erst einmal eine Schätzung beziehungsweise Abfrage, wer will denn überhaupt in der Stadt bleiben. Das ist die spannende Frage. Diesem Personenkreis werden wir uns speziell zuwenden.

Herr Dr. Meerheim

Herr Krause.

Herr Krause

Es ist sozusagen erst einmal ein wünschenswertes Ansinnen, ist überhaupt keine Frage. Nur ich fürchte in der Realität sieht es dann halt doch ein Stück anders aus, weil erstens ist das, was wir hier beschlossen haben eine finanzielle Grundlage für Maßnahmen, die alle sozusagen berücksichtigen soll. Weil wir genau diese Diskussion nicht haben wollten. Jetzt partizipieren sozusagen nur die Neubürger, „neu“ in Anführungsstrichen, sondern alle. Und Halle ist sozusagen eine der Städte der Kommunen, die mit die ungünstigste Struktur im arbeitsmarktpolitischen Bereich hat. Insofern hat das über 80 %, ich glaube es sind inzwischen 86 %, der Betroffenen im SGB II Bereich haben. Und einen hohen Kern an sich verfestigender Arbeitslosigkeit. Leute die wir als marktferne Kunden bezeichnen und die dringend in solche Maßnahmen müssen, die unter anleitender Funktion, und nichts anderes hat der EfA, er hat Anleiter. Und nicht Leute, die sozusagen in Maßnahmen reingehen, die solche Schulungen machen können. Sondern sie leiten an in arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, in Maßnahmen die veranstaltet werden.

Die Frage, die sich auch anschließt, ist: unter welchen Voraussetzungen kommen die Leute, sind die sozusagen...brauchen die noch mehr, um überhaupt integrationsfähig zu sein als zum Beispiel Trainingsmaßnahmen? Also sehr viel umfangreicher und komplizierter und es spricht eigentlich im Grunde noch eher für sozusagen Vorsorge auch im Haushalt, dass man versucht die Leute ein Stückchen aufzufangen. Oder zumindest einkalkuliert, was sie für Rechtsansprüche haben an Transferleistungen. Wir wissen ja noch nicht, wenn die Gesetze des Bundes nachher greifen, wie schnell das geht, dass sie in einen Status kommen, dass sie Transferleistungen in Anspruch nehmen können und in welchen Größenordnungen. Deswegen finde ich es gut, dass von der Verwaltung drei Beispielrechnungen gekommen sind, wo man den Versuch macht, die Situation mal irgendwie zu fassen. Es ist ja sowieso kompliziert, das wissen wir ja alle. Ich neige dazu, nachdem auch was Herr Cierpinski ausgeführt hat und was Sie uns angeboten haben, doch dieser Variante 3 näher zu treten. Und es ist genauso wie Sie sagen, die Diskussion vom letzten Mal. Man kann eine ideologische Glaubensfrage daraus machen, man kann es so rum sehen, dass man sagt wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt, von dem ich persönlich glaube, dass es kein ausgeglichener Haushalt ist, vorlegen. Oder man berücksichtigt die Kosten von denen man weiß, dass die sowieso kommen. Und die kommen, das wissen wir. Wir wissen nur noch nicht ganz genau wie hoch. Und da ist es richtig, aus unserer Sicht, Vorsorge zu treffen, weil der Leistungsanspruch einfach da ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich kann die Auffassung nicht teilen. Von daher werde ich weiterhin den Haushaltsausgleich auch präferieren, ansonsten müsste ich in Widerspruch gehen, das wissen Sie auch. Auch die 500.000 EUR die Sie eben noch zusätzlich verteilt haben, könnte ich auch nicht mitgehen mehr, das könnte ich also auch nicht mittragen, weil Sie momentan zusätzliche Leistungen dann in Anspruch nehmen. Und dann müssten wir schauen, wie wir uns dann verständigen. Ich wollte Ihnen den Ansatz, den Sie eben aufgegriffen haben, der ist vollkommen richtig, Herr Krause. Der berücksichtigt nur nicht, dass momentan händeringend in jedem Handwerksunternehmen Fachkräfte gesucht werden, in jedem in der Stadt Halle. Wenn das alles so wäre, dass die vielen Maßnahmen die wir ergriffen haben, tatsächlich wirken würden, dann wäre das ja momentan fast alles behoben. Aber Fakt ist momentan, dass man mit sehr vielen Maßnahmen die wir durchgeführt haben, nicht zum Erfolg geführt hat.

Und da waren wir uns beim letzten Mal auch einig, dass wir dieses auch mal hinterfragen wollen und auch noch einmal darstellen wollen, dass diese Maßnahmen momentan überhaupt nicht gegriffen haben. Jedenfalls nicht so gegriffen haben, wie wir es uns vorgestellt haben. Und dann muss man auch die Maßnahmen hinterfragen. Man muss sie auch diskutieren. Und das was ich eben auch versucht habe deutlich zu machen, ist eben ein anderer Ansatz. Da können selbstverständlich, wenn wir die Möglichkeit haben auch Hallenser mit einzubeziehen in diese Maßnahmen, dann können wir das selbstverständlich auch mit durchführen. Auch das kann man mit abfragen, auch das kann man mit tun. Aber letztendlich ist es eben eine Situation, wenn Sie sagen das ist der Ansatz ausschließlich für die Integration und für Flüchtlinge, dann muss ich ja sagen, das dieser Ansatz so weit wie möglich minimiert werden kann, indem ich speziell bestimmte Leistungen auch für Flüchtlinge anbiete. Das ist der Hintergrund, wenn Sie sagen, diesen Ansatz nehme ich jetzt ausschließlich als Kosten, Sekundärkosten, für die Maßnahmen für Integration. Ich finde so kann man es nicht machen, dass man mit Neubürgern und diesen Neubürgern, da sind wir froh, dass sie dann möglicherweise auch hier in der Stadt sind, dass wir sie integrieren. Und dann muss ich sie so oder so den Haushaltsausgleich anstreben. Da kann ich nicht einfach sagen, unsere Neubürger die legen wir dann on top oben drauf und das führt dann zu einem nicht ausgeglichenen Haushalt.

Herr Krause

Das hat keiner gesagt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und deshalb kann ich jetzt momentan Ihrer Argumentation nicht folgen.

Herr Dr. Meerheim

Sie haben noch das Wort.

Herr Krause

Ich möchte noch einmal deutlicher klarstellen. Ich betrachte das überhaupt nicht als einen Misserfolg, dass wir zum Beispiel in dem Programm „Bürgerarbeit“ drei Jahre lang Leute aktivieren konnten im niederschweligen Bereich. Die auch sozusagen als marktferne Kunden nicht integrierbar sind in den ersten Arbeitsmarkt, die prädestiniert sind für den sogenannten geförderten Arbeitsmarkt. Und die auch immer in diesen Status bleiben werden. Die können wir nicht einfach zu Hause sitzen lassen. Wir müssen da etwas tun. Wir haben hier eine Vielzahl von Bedarfsgemeinschaften, wo beide, leider ist das so, wo beide Bezugspersonen, die Mutter und der Vater, in so einer Situation sind. Und wir müssen verhindern, meine ich, mit den Mitteln die uns zur Verfügung stehen, dass zum Beispiel Kinder Arbeitslosigkeit nicht als Normalität sozusagen für sich sozialisieren, weil beide Bezugspersonen nicht regelmäßig zur Arbeit gehen. Das ist der Anspruch von Arbeitsmarktpolitik in dem Bereich, wo Menschen, und da werden auch eine ganze Menge Neubürger letztendlich ein Stück mit dazu zählen, weil nicht alle auf Anhieb integrierbar sind. So einfach ist das eben im Leben alles nicht. Dass man sozusagen da Mittel bereit hat für begleitende Maßnahmen, um genau diese Situation aufzufangen, um nicht auf der anderen Seite eine Verfestigung zu kriegen. Und wenn Sie nur mal das Programm Bürgerarbeit, wo dann sozusagen ein klein wenig in die Richtung des 58Plus geht, nehmen, haben wir eine hohe Entlastungswirkung auch im Haushalt in der Verhältnismäßigkeit gehabt, wenn man KdU (Kosten der Unterkunft) etc. anschaut. Das heißt, das hat schon eine Wechselwirkung miteinander, positiv zum Glück.

Was ich nur sagen will, es ist ehrenwert den Integrationsansatz zu 100 % zu versuchen. Das ist gar keine Frage, da haben sie auch alle Unterstützung. Darum geht es überhaupt nicht. Wir können und dürfen aber, und das will dieser Antrag sagen, den Rest der sogenannten marktfernen Kunden, so nennt die Agentur oder das Jobcenter das, können wir nicht aus

dem Auge verlieren. Und rein formal haben wir als Mitträger dieses Instrumentes Jobcenter eine Mitverantwortung, sowieso. Das heißt also, wir kommen nicht raus aus der Geschichte und wenn Sie sozusagen die Historie nachvollziehen, ich habe immer, nicht alleine, auch andere, dafür gekämpft, dass die Stadt den Eigenanteil in diesem Bereich der Arbeitsmarktpolitik möglichst nicht so stark zurückfährt, weil wir diese Menschen in der Gesellschaft immer haben werden. Die es eben nicht so leicht haben in den Arbeitsmarkt einzumünden. Und da haben wir richtig viele auch in Halle. Wir beobachten die Situation ja ständig. Und aus der Verantwortung können wir uns nicht ziehen. Und das ist nicht die Integration wie Sie oder wie ich mir das vielleicht vorstelle in Richtung erster Arbeitsmarkt, richtig. Das ist sozusagen ein niederschwelliges Angebot mit begleitenden Maßnahmen, die außerdem auch noch laufen müssen. Wir können die Leute doch nicht einfach zu Hause sitzen lassen und gar nichts machen. Für die Leute wäre das nicht in Ordnung aus meiner Sicht. Da hat die Gesellschaft die Verpflichtung. Und für die Kinder dieser Menschen auch nicht. Das ist der Hintergrund warum wir da so dran bleiben an der Geschichte. Und ich glaube, trotz dieser nicht ganz günstigen strukturellen Situation, sind wir in Halle aber trotzdem auf einem guten Weg. Und den sollten wir an der Stelle nicht verlassen. Darum geht es, deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, dass diese begleitende Maßnahmen weiter laufen können. Das ist der Ansatz. Das hat nichts damit zu tun, dass das eine Konkurrenz zu den Neubürgern, die tatsächlich den Status dann haben, darstellen soll. Da müssen sämtliche Anstrengungen unternommen werden, da gebe ich Ihnen sofort Recht, das ist gar keine Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir sind uns da in der Zielrichtung einig, wir liegen da gar nicht so weit auseinander. Gleichwohl ist der Anspruch auch der Tätigkeiten und der Programme, die wir ja im EfA anbieten, gleichwohl den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Der sollte da sein. Es geht ja auch darum, auch mit den Menschen zu arbeiten, um sie so zu aktivieren. Und wenn wir jetzt die Chance haben. Ich halte den Ansatz eben für fehl zu sagen, so jetzt haben wir Neubürger und mit den Neubürgern überziehen wir den Haushalt. Und nur um ein Zeichen zu setzen. Ich fest davon überzeugt, dass es uns gelingt dieses weiterhin aufzufangen mit unseren Möglichkeiten und mit den Programmen, die wir auch unterstützend bekommen. Und wir diese Chance die neun Monate auch nutzen müssen und auch sollten. Auch gemeinsam mit anderen Projekten weiter für den ersten Arbeitsmarkt auch zu werben. Und wir haben neun Monate Zeit mit den Personen, die in dieser Situation sind, auch zu arbeiten. Und ich glaube, da liegen wir gar nicht auseinander. Es ist wirklich nur eine Frage zu sagen, setze ich an. Ich halte die Diskussion für gefährlich. Und genauso ist es auch im Bund passiert. Herr Schäuble hat genau gesagt, wir bleiben weiterhin beim Haushaltsausgleich. Und den Ansatz zu sagen, trotz dass Kosten entstehen, natürlich entstehen Kosten, aber zu sagen und die Diskussion zu führen, dass wir jetzt weitere Flüchtlinge hier in der Stadt haben, die dann in unserer Stadt bleiben wollen, dass wir dadurch den Haushalt überziehen, diese Diskussion halte ich für gefährlich.

Herr Krause

Das hat auch keiner gesagt, dass wir dadurch den Haushalt überziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist faktisch aber so.

Herr Krause

Aber wir können doch nicht ernsthaft sozusagen ignorieren, ich bin jetzt einmal brutal, anders weiß ich es nicht zu sagen, wir können doch nicht ignorieren, dass so und so viel Menschen mehr in unsere Stadt gekommen sind, die einer Hilfe bedürfen, auch im arbeitsmarktpolitischen Bereich, in der Integration.

Und das können wir und das müssen wir dem Land gegenüber auch ganz seriös signalisieren, mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nicht leisten. Das ist doch vollkommen klar. Wir werden uns wahrscheinlich nicht gegenseitig überzeugen. Es ist aber wichtig Argumente auszutauschen. Es geht hier um unterschiedliche Sichtweisen, wo ich ehrlich gesagt, verzeihen Sie den saloppen Ausdruck, keinen Bock drauf habe, dass weil wir eine andere Sichtweise haben, dann mal so eben den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen. So nach dem Motto: Ihr habt jetzt dafür gesorgt, der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Das ist eine Geschichte, die bundesweit läuft, wo auch in Sachsen-Anhalt alle kommunalen Gebietskörperschaften mit zu tun haben. Und das Land selbstverständlich verstehen wird, dass die Stadt so etwas, was da an Mehrkosten jetzt schon erkennbar ist, wenigstens ansatzweise abbildet. Also das verstehe ich nicht, wenn das Land da intervenieren würde und sagen würde: wir können den Haushalt nicht genehmigen. Das glaube ich nicht. Es wird sicher die ein oder andere Auflage geben, das kann sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann sind wir genau in der vorläufigen Haushaltsführung und in den Dingen, ich habe es Ihnen beim letzten Mal schon gesagt, den Hauptverwaltungsbeamten, egal wer es ist, stärkt das ja. Die vorläufige Haushaltsführung ist ein wunderschönes Instrument außerhalb des Stadtrates tätig zu werden. Das möchte ich nicht.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, ich müsste das entsprechend belegen und die Voraussetzung, die da in den Vorjahren durchgeführt worden sind, vorläufige Haushaltsführung, alles läuft über den Tisch des Kämmers beziehungsweise des Hauptverwaltungsbeamten. Eine ganz einfache Angelegenheit und die Mittel werden nicht freigegeben. So ist...

Herr Krause

...das ist aber nicht die Kategorie, mit der wir diskutieren, ob jetzt jemand gestärkt wird von der Verwaltung oder nicht. Sondern wir wollen die Vorsicht walten lassen, die wir sonst auch walten lassen, wenn wir...wir reden ja über eine Größenordnung, wir ja nicht über 50.000 EUR. Darum geht es ja letzten Endes.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie haben aber gerade eben 600.000 EUR rund verteilt, die wir genauso gut in den Ansatz hätten packen können. Wir haben ja einen Haushaltsausgleich hineingebracht und Sie haben jetzt 600.000 EUR die wir aus dem Haushalt jetzt rausgenommen haben. Wie wollen Sie das dem Landesverwaltungsamt begründen?

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, Sie haben keine null. Sie haben dementsprechend, wenn Sie sich jetzt für ein Modell entscheiden sollten, haben Sie ein Minus. Der Haushaltsausgleich ist nicht gegeben. Da müsste man genauso durchgucken und sagen: so und so unter den Voraussetzungen ist da ein Betrag von einer Millionen Euro noch zu erwirtschaften oder wir müssen gucken, dass ist ja das, was ich sage, wenn Sie jetzt sagen Sie gehen jetzt auf Variante 1 und sagen eine Millionen Euro kommen zusätzlich hinzu, dann müssen wir uns als Verwaltung noch einmal hinsetzen und überlegen, kriegen wir nicht trotzdem noch den Haushaltsausgleich. Das würden wir ja dann auch machen, wenn Sie jetzt sagen wir nehmen die oder die Variante, dann müssen wir uns hinsetzen und überlegen, ist ein Haushaltsausgleich noch zu schaffen. Wenn er nicht zu schaffen ist, müsste ich in den Widerspruch gehen, das würde ich dann auch tun. Und dann werden wir sehen, wie es weiter läuft.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir verstehen uns. Das ist genau der Satz.

Herr Wolter

Ich glaube es geht auch wirklich nicht ums Überzeugen, weil das würde mich jetzt auch überraschen, wenn Sie jetzt eine neue Position oder jetzt nach den Argumenten, die ausgetauscht sind, ok ich teile jetzt sozusagen die Auffassung. Der Hintergrund, vielleicht noch einmal von mir, meine Auffassung ist ja die, Herr Oberbürgermeister, wenn wir gemeinsam hier Kostenplanungen vornehmen, Kostenschätzung vornehmen und Kostenerwartungen definieren in bestimmten Bereichen, dann muss es in sich stimmig sein. Das ist meine Auffassung, das muss in sich stimmig sein und nicht grundsätzlich...natürlich die Genehmigungsfähigkeit als Ziel, dass wir hier handlungsfähig sind, vor allen im investiven Bereich und im freiwilligen Aufgabenbereich. Das ist glaube ich das, was uns alle am Tisch eint und woran man gemeinsam arbeitet.

Jetzt ist nur der Punkt für uns, das Szenario was Sie uns als nicht widerspruchsfähig jetzt definieren, also ich möchte keine Sekundärkosten hier in die Planung mit aufnehmen, weil das auch von der Darstellung schwierig ist, ist für mich auch eine Sache die nicht wirklich nachvollziehbar ist. Sie haben denke ich keine Absicht zumindest im Moment unseren Änderungsantrag aus dem Personalausschuss zum Stellenplan mit einem Widerspruch zu versehen, weil wir dort ja auch nur die Anpassung an eine mögliche Erwartung vorgenommen haben inklusive dieser Sperren. Natürlich inklusive der Finanzierung, die dort mit 100 % dahinter liegt durch Landesmittel. Das ist sozusagen der Unterschied. Das ist aber in der Sache eigentlich von der Stimmigkeit das gleiche Thema über das wir reden, über einen Aufwand den wir tun wollen, tun werden, 2016. Und gehen da bestimmte Schätzprozesse durch. Und wenn Sie jetzt sagen: Es kann sein dass da Mehrkosten entstehen in diesem Bereich, ich möchte auch politisch nicht unbedingt das Signal geben, dass die neuen Bürger eine Sonderberechnung erfahren in irgendeiner Form. Es ist ja auch nicht politisch hier von keinem am Tisch zumindest so dargestellt, sondern wir haben mehr Bürger erwartungsgemäß hier in der Stadt und mit diesen Mehrbürgern müssen wir unsere Planung korrigieren. Das niemand genau sagen kann wie viele Bürger am Ende 2016 Bürger dieser Stadt sind, ist glaube ich klar. Da sind wir, da wären wir Lügner oder Heuchler oder was weiß ich, Propheten oder was auch immer. Aber dass es einen Mehrbedarf gibt und dass Sie, das ist das was ich spannend finde, wenn Sie jetzt heute sagen: Ich möchte gerne eher Prozesse oder Projekte realisieren, die die Integration von den neuen Bürgern kostenneutral darstellen lassen, weil vielleicht eine Integration auf den ersten Arbeitsmarkt bedeuten, dann sind immer noch 50 % der neuen Bürger, Kinder, Jugendliche und ältere Personen. Das heißt, wir würden...also ich würde dann lieber mit Ihnen darüber sprechen. Weil die Gefahr bei den Projekten ist genau das, was ich in allen anderen Bereichen erlebe. Da wird gesagt, es gibt tolle viele Förderprogramme, es gibt wunderbare Möglichkeiten Dinge zu akquirieren, zu vernetzen. Aber es taucht so ein gut finanziertes und auch auskömmlich finanziertes und auch langfristig planbares Verfahren dazu, wo ich dann erwarten würde, dass Sie dann in irgendeiner Form dann auch eine Alternative auf den Tisch legen und sagen okay. Um das nicht zu machen, habe ich jetzt in irgendeiner Form den Bedarf, ich sage mal ich habe da jetzt wirklich nichts berechnet. Aber da brauche ich wenigstens vier Leute, die hier ein Kompetenzteam bilden für diese Akquise oder fünf Menschen die das machen oder ich brauche dafür auch ein Büro oder ich habe einen Partner, einen externen freien Träger, der das für uns im Auftrag erledigt. Also in irgendeiner Form eine Untersetzung, die aber dann auch wiederum einen Mittelbedarf bedeutet und die natürlich auch dahingehend dann irgendwie zu berechnen ist, was in diesen ganzen Bereichen, wir können es ja auf KdU meinetwegen auch begrenzen. Aber in anderen Bereichen auch ein Mehrbedarf definiert werden muss. Auf jeden Fall.

Und deswegen bin ich auch der Meinung, dass man das darstellen kann. Man kann das auch in der Mittelfristplanung als Refinanzierung und Abbau als zusätzlichen Aufwand, der vielleicht auch zusätzliche Einnahmen generiert, natürlich darstellen. Aber ich glaube im Moment ist es so, dass wir...also ich würde zumindest ruhiger sein, wenn wir der Verwaltung einen Rahmen geben und sagen, in diesem Rahmen entstehen Kosten und in diesem Rahmen entsteht ein Mehraufwand. Und in diesem Rahmen könnt ihr erst einmal planen. Was machen Sie mit drei Millionen Euro Mehrbedarf 2016? Da werden Sie kommen oder werden eine vorläufige Haushaltsführung dann auch haben oder werden zumindest eine Haushaltssperre verhängen, wenn Sie sozusagen das Ergebnis nicht verändern wollen. Zumindest müssen Sie ja im laufenden Vollzug dann reagieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie haben es ja gesehen. Herr Schäuble hat auch gesagt, natürlich werden möglicherweise später Kosten entstehen. Das leugnet ja auch gar keiner. Aber er würde dann im Juni mit einem Nachtrag oder mit einer über- oder außerplanmäßigen Ausgabe kommen. Natürlich ist das klar. Aber ich brauche es zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Weil ich momentan die Möglichkeit habe noch so weit und so viel wie möglich zu verhindern. Und wenn Sie die Kinder ansprechen oder die Ehefrauen bei Familien beispielsweise, die wenn eine Person dort arbeitet, wissen Sie ja auch, dass diese zum Lebensunterhalt dann auch letztendlich für die gesamte Familie auch ausreichend ist und dass die Kosten auch weiter reduziert werden. Von daher ist das eine Möglichkeit, ich werde Ihnen auch ein Konzept, wir setzen uns da momentan dran und überlegen wie dieses Konzept, was ich hier erst einmal mündlich beschrieben habe, werden wir jetzt noch einmal auf drei bis vier Seiten ausformulieren, um dann auch deutlich zu machen, wie wir dann mit diesen Personenkreis dann umgehen können. Aber wir werden jetzt auch in den nächsten Tagen beginnen ganz konkrete Abfragen zu machen, wer von den Flüchtlingen, die momentan in der dezentralen Unterbringung sind, die tatsächlich in Halle bleiben möchten und auch intensiv auf praktisch in die Integration mit Integrationsmaßnahmen sich auseinander setzen möchten.

Herr Dr. Meerheim

Danke.

Bitte, Herr Wolter.

Herr Wolter

Noch einmal abschließend, Herr Oberbürgermeister. Ich finde es einen möglichen Weg, aber es ist aber dann schwierig für uns, wie kann man das sagen, in der Untersetzung finde ich es dann interessant. Weil in den Details wird es dann spannend oder fachlich für uns auch nachvollziehbar, wenn Sie jetzt sagen: okay, wir nehmen das raus aus dem Haushaltsplan, wir nehmen das aber sukzessive monatlich in der Berichtsform in der Projektentwicklung oder in irgendeiner Form, wo Sie sagen, also das ist ja anscheinend so, dass Sie sagen, okay wir können das erst einmal prinzipiell das Begehren des Rates oder des Finanzausschusses nachvollziehen. Und würde Ihnen jetzt, sage ich mal, ein Kompromiss, der in irgendeiner Form auch eine gemeinsame Verantwortung zu den zusätzlichen Kosten dann in irgendeiner Form dann auch abbildet. Also im Moment finde ich das nicht wieder und es war durch dieses „Nein, wir kriegen die Zahlen nicht.“ Von Ihnen natürlich auch ein bisschen provoziert, dass man dann sagt, naja wir wollen aber gerne eine Untersetzung haben, das hat sich ja auf diese beiden Positionen nur noch beschränkt. Was Sie jetzt dargestellt haben ist ja wirklich ein Kompromiss, wo man in irgendeiner Form den ja vielleicht auch gehen kann. Aber ich sehe im Moment noch nicht... ein gesamtgesellschaftliches Wunder würden Sie vollbringen, wenn Sie von einer Erfolgsquote von 60 % innerhalb des nächsten Jahres in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt integriert ausgehen.

Das Land hat das Programm noch nicht entwickelt, ob wir das als Kommune hier sozusagen aus dem Stehgreif schaffen wäre toll. Aber dazu gehört ja auch eine Diskussion noch dazu. Den Diskussionsprozess jetzt zum Haushaltsplan zu führen finde ich schwierig. Ich wollte nur anregen, dass es vielleicht noch eine Untersetzung geben kann bis zum Stadtrat dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Da würden wir uns bemühen ein solches Konzept einmal aufzustellen. Ich kann momentan nur die Diskussion nur wiedergeben, wie sie im Land auch geführt werden, in der Staatskanzlei geführt werden und bei Unternehmen hier in der Stadt geführt werden. Und wenn ein Unternehmen beispielsweise sich an den Ministerpräsidenten wendet und sagt, ich stelle 100 Stellen zur Verfügung die wir sofort einstellen, wenn die Integrationsmaßnahmen durch sind, dann ist das relativ, dann sind das Angebote die wir mit unterstützen können. Da würde ich mit Herrn van Rissenbeck versuchen ein Konzept auch noch einmal darzustellen und wie auch einschließlich Finanzierung, um uns schrittweise ran zu tasten. So wie wir erkennen, dass wir mit den Mitteln, die Sie eingestellt haben jetzt auch mit den gesamten Bereichen nicht auskommen, dann kommen wir auch, dann gehen wir sofort in den Nachtrag rein und arbeiten damit.

Aber ich verleugne nicht die Kosten, dass Kosten entstehen können. Nur um das deutlich zu machen. Aber sie sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich. Und Sie ermöglichen uns, und deswegen bin ich auf Ihrer Seite, dass wir versuchen uns irgendwie in einen Kompromissweg noch anzunähern. Und da bin ich dicht bei Ihnen. Also mein Vorschlag jetzt erst einmal, um heute in der Diskussion weiter zu kommen, wir würden uns mit einigen Kollegen noch einmal zusammen setzen und ich hoffe auch, dass wir bis dahin die Zahlen haben also für die Personen die tatsächlich sagen, sie würden bei Anerkennung dann in der Stadt Halle bleiben und dass wir Ihnen eine Konzeption vorgeben, wie wir mit diesen Personenkreis, aber auch deutlich machen, mit den Personen die insgesamt alle Bedürftigen, die in diese Konzeption mit hinein wollen, wie wir damit arbeiten können. Denn ich bin da bei Herrn Krause, das wissen Sie ja auch, dass ich sage, wir dürfen die Maßnahmen nicht ausschließlich auf die Flüchtlinge beziehen. Da sind wir glaube ich auch einer Meinung. Und deshalb versuchen wir auch eine Konzeption zu erarbeiten. Wenn schon ein Unternehmen kommt, Herr Wolter, und tatsächlich sagt, ich biete jetzt hier Arbeitsplätze an, dann muss ich doch alles tun für ein Unternehmen in unserer Stadt, dass die Stadt hier alles tut, um diesen Unternehmen ihre Unterstützung Teil werden zu lassen. Und das sind nicht nur diese Großen, sondern es gibt auch Unternehmen die fünf oder zehn Plätze sofort und unverzüglich zur Verfügung stellen. Die Handwerkskammer hat auch hier viele Unternehmen schon, die sich dazu auch bereit erklärt haben.

Herr Dr. Meerheim

Herr Krause.

Herr Krause

Das Ansinnen ehrt Sie ja. Ich glaube aber, ich bin nicht überzeugt, ich glaube dass so ein Konzept nicht funktioniert. Ich sage Ihnen auch warum. Ich bin jetzt seit 1991 in dem Bereich Arbeitsmarktpolitik sozusagen auch beruflich unterwegs. Wir haben in den 90er Jahren bis Ende der 90er Jahre hohe Eingliederungszuschüsse genehmigt in Unternehmen. Das ist tatsächlich so. Die hatten dann durch die Eingliederungszuschüsse, ich war da auch nicht immer dafür, aber es war in konjunkturschwachen Zeiten eine äußerst schwierige Situation. Wir haben diese Eingliederungszuschüsse gekoppelt gehabt an Nachbeschäftigungszeiten. Die sind uns reihenweise zurück geschickt worden, als diese Verpflichtung aufgehört hat. Also wenn die Unternehmen Ihnen so etwas in Aussicht stellen, ist das sogar sicherlich ehrlich gemeint. Wenn die aber dann nachher mit den Menschen nicht klar kommen, schicken sie sie sofort zurück. Das ist unsere Erfahrung, das muss ich an der Stelle doch einmal sagen.

Ich glaube, dass die Eignung der Menschen auch von der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse bis zu den kulturellen Aspekten der Erfahrung in der Arbeitswelt, das ist eben ein Weg, der ist lang und steinig, der ist nicht innerhalb von wenigen Monaten, auch in neun Monaten, glaube ich, nur bei den Allerwenigsten zu schaffen. Und wenn das so ist, bedeutet das zwangsläufig, ich glaube das ist die Realität, dass die meisten doch bei uns hier landen, mit ihren Ansprüchen. Die haben ja dann sozusagen mit einem Status auch einen Anspruch, wenn sie dann hier in Halle bleiben. Und wenn Sie sagen, wenn wir diese erkennen, jetzt vielleicht kalkuliert, aber in gewisser Weise erkennbare Kosten, jetzt schon darstellen, würde das eine Diskussion auslösen. Dann sage ich Ihnen, das müssen wir tun, dass wir das, was wir erkennen, zumindest ansatzweise darstellen aus Vorsicht. Weil, im Grund verschieben Sie die Diskussion nur, wenn Sie mit einem großen Nachtrag kommen, haben Sie die Diskussion im Sommer. Das ist aus meiner Sicht kein großer Unterschied. Dann heißt es auch, wir müssen einen Nachtrag machen, der begründet sich aus einem Mehrbedarf den die Neubürger auslösen, oder wie auch immer. Also diese Diskussion haben Sie wahrscheinlich dann möglicherweise sowieso.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dieser Diskussion stand ja der Bund genauso, er hat genauso diese Fragen auch beantwortet. Aber warum geben Sie nicht die Chance, dass... Sie gehen ja mit einer negativen Zukunftsprognose ran. Gehen Sie doch bei Neubürgern mit einer positiven Prognose ran. Ich sage, alle die hier...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Lassen Sie mich bitte noch den Gedanken zu Ende bringen. Ich meine die, die tatsächlich hier sind und hier bleiben möchten, möchten sich eine Existenz aufbauen. Und deshalb ist hier eine andere Grundvoraussetzung gegeben. Sie haben noch nicht Erfahrung gemacht, die möglicherweise viele andere Bedürftige gemacht haben. Das heißt, es ist eine ganz andere, wenn ich sage, ich möchte hier meine Zukunft aufbauen, ist das eine ganz andere Grundvoraussetzung. Und deshalb ist vielleicht doch eine Chance da. Warum lassen Sie uns diese Chance nicht einfach ausprobieren? Warum sagen Sie nicht, wir setzen mal alle Kraft rein, um dieses Projekt, welches ich erst einmal skizzenhaft dargestellt habe, warum lassen Sie uns das nicht...?

Herr Krause

Das müssen wir doch sowieso machen. Da haben Sie doch vollkommen Recht. Die Chance haben Sie doch jederzeit. Nur die Frage ist, ob wir es darstellen, was wir als Risiko sehen.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Vorschlag ist, wir würden Ihnen ein Konzept vorlegen auf drei vier Seiten mit Kostenplänen, wie wir möglicherweise uns das vorstellen können, um hier eine sehr positive Integration auch vornehmen zu können, sodass wir die Kosten nicht ansetzen und uns wirklich Monat für Monat auch annähern. Das können wir doch auch tun. Wir können doch Monat für Monat sagen, das und das ist der Kostenstand und nähern uns an, um zu sagen dann und dann ist es so weit, dass ich sage, ich muss jetzt mit einem Nachtrag kommen. Wir mache das doch alles transparent, darum geht es doch gar nicht. Aber momentan ist es nicht erforderlich, geben Sie uns doch eine Chance mit den Neubürgern auch zu arbeiten.

Herr Dr. Meerheim

Frau Plath.

Frau Plath

Entschuldigung, dass ich hier unterbreche. Ich kenne mich ja nicht so aus, ich kenne auch diese Erfahrung nicht. Eine Haushaltsdebatte ist schon schwer und mit so einer Sondersituation noch schwieriger. Das wird natürlich teuer was da auf uns zukommt. Da bin ich auch am Ende bei dieser dritten Variante. Das wird auch nicht auch nicht alles so leicht zu integrieren sein. Muss das denn, diese spezifische Situation, muss die denn...das abzuschätzen ist genauso schwierig, dass jetzt alles zu planen. Wir wissen ja noch sehr wenig, wie sich das alles entwickeln wird. Ich halte das für schwierig, wenn wir wirklich mit getrennten Positionen hier rausgehen. Verwaltung sagt das eine und wir als Stadträte sagen das andere. Wie machen das denn andere Städte? Also diese Situation die haben doch gerade alle, diese Sonderkosten, diese Sonderbelastungen und dieses Außergewöhnliche. Das müssen doch andere auch irgendwie hinbekommen. Machen die das auch aus ihren eigenen Haushalten oder gibt es da eine andere Variante, wie man mit dieser Thematik umgehen kann und wie man vor allem auch am Ende die Kosten darstellen kann? Ich glaube nicht, dass andere Städte das derzeit planen können.

*Zwischenrufe***Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Magdeburg stellt alles ein oder meinen was sie einstellen müssen. Aber das sind nicht nur die Kosten drin, sondern sie sind sowieso schon in der Überschreitung drin. Sie sind auch in sich gehen sie momentan weit über den Ansatz darüber hinaus. Sie haben insgesamt keinen ausgeglichenen Haushalt mehr, unabhängig der Flüchtlingskrise. Einige machen es so, wie gesagt, ich kann es jetzt nur vom Bund erst einmal klar berichten, und einige Kommunen machen es so, andere machen es so. Das ist jetzt eine, ich sage es jetzt auch ganz deutlich, eine politische Philosophie, wie man damit umgeht. Ich bin da mehr momentan ganz dicht dran an den Dingen, die sowohl im Bund gemacht werden als auch derzeit in der Diskussion das Land auch macht, Sachsen-Anhalt. Die gleichen ja auch weiter aus.

Herr Dr. Meerheim

Die schreiben Bund dahinter, ja das ist richtig. Was anderes steht da nicht drin.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir hatten den Vorteil, zum Stadtrat hätten wir einmal den Erlass da, der das also noch einmal deutlich regelt wie man damit umgeht. Wir hätten eine Konzeption da, wie wir damit arbeiten können und können diese Diskussion, müssen wir sowieso im Stadtrat entscheiden dann letztendlich. Das wäre eben dann das Angebot, was ich jetzt noch machen könnte. Jedes andere Angebot nehme ich auch an.

Herr Dr. Meerheim

Aber der sächsische Erlass würde ja diese Variante dennoch nicht ausschließen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein. Aber der sächsische Erlass würde uns Flexibilität ohne Ende einräumen. Das heißt, wir könnten dann überziehen, wir könnten mit überplanmäßigen Ausgaben als Tatbestandsvoraussetzung dann auch sehr elegant die Deckung dann in dem Moment negieren. Die Deckung bräuchten wir nicht, um die überplanmäßige Ausgabe dann auch umzusetzen. Das heißt das ist letztendlich...

*Zwischenrufe***Herr Dr. Meerheim**

...da kann ich schon beim Haushalt so beschließen. Dann finanziere ich das über Kommunalkredit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau. Über Liquiditätskredite wird das Ganze dann finanziert.

Herr Krause

Okay. Dann mache ich den Vorschlag, dass wir heute keinen Beschluss fassen, dass wir den Beschluss auf den Stadtrat verschieben. Wir müssten dann schon eine Ansatzkonzeption vorher sehen und eigentlich wäre es hilfreich, wenn wir vom Land oder Landesverwaltungsamt bezüglich dieses Problems, dass wir jetzt hier gerade haben, eine Aussage bekommen, dass es keine Beanstandung gibt, wenn wir bestimmte Sachen nicht darstellen. Das würde natürlich hilfreich sein. Ansonsten kriegen Sie ja auch bloß möglicherweise Beanstandungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich hatte ja vorhin berichtet, das war der Grund, weshalb Frau Ernst und ich heute noch einmal mit Herrn Pleye gesprochen haben. Genau das ist der Grund gewesen. Ich hatte Ihnen ja beim letzten Mal auch schon noch einmal deutlich gemacht, dass die 180 Stellen, die in der Diskussion sind, vom Landesverwaltungsamt nicht akzeptiert werden. Und wir detailliert, detailgetreu jede einzelne Stelle mit Stellenbeschreibung und und und darstellen müssen.

*Zwischenrufe***Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Der Erlass regelt nicht den Stellenplan. Das muss man auch deutlich sagen. Der regelt lediglich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, Liquiditätskredite und so weiter, so wie ich es Ihnen vorgestellt habe. Und das heißt wir kommen möglicherweise...ich habe jetzt versucht diese Argumentation heute Morgen auch so zu führen, dass wir gesagt haben, wir versuchen alles Mögliche durch diesen Sperrvermerk, den Herr Geier reingesetzt hat, und der ja auch mit Ihnen besprochen ist, ist es ja faktisch so, dass es die Argumentation wo ich jetzt sage, da könnten wir im Stelleplan durchkommen, dass das eigentlich ja gar nicht ausgewiesen ist, sondern sowieso gesperrt ist. Ich muss dann nur nicht, wenn ich die Stellen brauche, noch einmal in den Stadtrat hinein gehen. Das ist der einzige Vorteil. Aber im Grunde ist es eine Sperre, die da hinten drin steht. Eine Sperre, eine ganz klare faktische Sperre. So kann man das bezeichnen. Und da habe ich versucht mit diesem Gedanken das Landesverwaltungsamt dazu zu bringen, dass wir da den Stellenplan mit den 180 genehmigt bekommen.

Herr Dr. Meerheim

Wir hätten sowieso nichts abstimmen können diesbezüglich, weil es gibt keinen Antrag irgendetwas diesbezüglich zu tun. Auf der Tagesordnung habe ich zumindest keinen gesehen. Wir hatten uns so verständigt beim letzten Mal, dass wir heute noch einmal darüber reden. Einen Antrag gibt es von niemand im Moment. Wenn das jemand dann möchte, dann muss das zum Stadtrat dann passieren.

Bitte, Herr Wolter.

Herr Wolter

Weil Sie jetzt gesagt haben, Sie würden das noch einmal mitnehmen und zum Stadtrat noch etwas vorbereiten. Es gibt zum Beispiel das Real-Labor Asyl in Baden-Württemberg in der Rhein-Neckar-Region. Das ist eine beispielhafte Zusammenarbeit zwischen pädagogischer Hochschule und mehreren Kommunen. Das ist ein aufwendiges Verfahren, auch für eine Kommune, von mir aus auch für eine kreisfreie Stadt.

Aber man muss das natürlich gemeinsam mit dem Saalekreis gemeinsam überdenken, dort wirklich fundiert und mittelfristig in irgendeiner Form ein Netzwerk zu bauen, was dann in irgendeiner Form funktioniert. Es ist jetzt nicht so, dass da irgendein Förderprogramm liegt und wir da 30.000 EUR abziehen und sagen das läuft dann schon. Da ist...nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch im Arbeitsmarkt Bereich sind da immer so Erwartungen an alle möglichen Dinge, wo der Aufwand manchmal höher ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es wird in den nächsten 14 Tagen bis zum Stadtrat noch einiges passieren. Auch politisch und in den einzelnen Unternehmen, die momentan mit dieser Idee, mit diesem Ansatz dann auch arbeiten.

Herr Dr. Meerheim

Gut, dann sind wir, wenn jetzt keiner weiter Fragen hat, können wir zur Gesamtabstimmung zum Haushalt kommen. Wer also dem Haushalt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Was anderes hätte mich jetzt überrascht. Wer ist dagegen? Auch nicht. Und dann ist alles bei Stimmenthaltungen also kein Beschluss sozusagen...einen stimmenlosen Haushalt. Gehen offen sozusagen in die Schlussrunde in den Stadtrat. Das hatten wir noch nie. Bisher hatten wir immer einen...

Ende Wortprotokoll

**zu 5.1.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016
Vorlage: VI/2015/01530**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten beschließt den Personalbedarf von insgesamt 180,1 Stellen, gemäß Entwurf vom 26.11.2015, 10:18 Uhr per Mail versandt.

**zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Abschlussberatung -
Vorlage: VI/2015/01200**

Abstimmungsergebnis: Enthaltung
7 Enthaltungen

Anmerkung: Dem Kompromissvorschlag Stand 30.11.2015 wurde einstimmig zugestimmt. Dieser ist im Session unter dem Tagesordnungspunkt hinterlegt.

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen und **Herr Dr. Meerheim** beendete die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin